

Stand: 05.05.2026 20:40:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11856

"US-Streitkräftebasen in Bayern erhalten – transatlantische Verbundenheit bewahren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11856 vom 05.05.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Wolfgang Fackler, Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Barbara Becker, Maximilian Börtl, Robert Brannekämper, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Thomas Holz, Thomas Huber, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Benjamin Miskowitsch, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Helmut Schnotz, Kerstin Schreyer, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Martin Stock, Peter Tomaschko, Peter Wachler, Josef Zellmeier und **Fraktion (CSU)**

US-Streitkräftebasen in Bayern erhalten – transatlantische Verbundenheit bewahren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag bekennt sich zur NATO und zum Bündnis mit den USA. Die NATO hat über Jahrzehnte den Frieden in Europa, Deutschland und Bayern gesichert. Dafür ist der Landtag in Bayern dankbar und will diese Erfolgsgeschichte, die eng mit Bayern verknüpft ist, auch fortschreiben. Die bayerischen US-Standorte zählen zu denen mit der besten Infrastruktur, der besten Ausstattung und den besten Trainingsmöglichkeiten weltweit.

Der Bayerische Landtag setzt sich dafür ein, dass die US-Streitkräfte auch künftig in Ansbach, Garmisch-Partenkirchen, Grafenwöhr, Hohenfels, Illesheim und Vilseck im derzeitigen Umfang stationiert bleiben.

Der Bayerische Landtag stellt daher fest, dass die US-Streitkräfte in Bayern in hohem Maße willkommen sind und willkommen bleiben, und er begrüßt ausdrücklich alle Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung – vom Schutz der Liegenschaften durch die Bayerische Polizei bis zur Umsetzung baulicher Investitionen durch die Staatsbauverwaltung – um die US-Streitkräfte in Bayern zu unterstützen.

Begründung:

Der von US-Präsident Donald Trump angekündigte umfangreiche Truppenabzug „um weit mehr als 5 000 Soldaten“ aus Deutschland sowie die Anordnung des Abzugs von etwa 5 000 Soldaten aus Deutschland durch US-Verteidigungsminister Pete Hegseth

sorgt für Unsicherheit an US-Streitkräftebasen in Bayern. Donald Trump hatte bereits in seiner ersten Amtszeit mit einer Reduzierung des Truppenkontingents in Deutschland gedroht. Damals benannte er explizit das 2. Kavallerieregiment in Vilseck in der Oberpfalz als Kandidaten für einen Abzug. Bislang sind an den verschiedenen Standorten in ganz Deutschland etwa rund 39 000 US-Soldaten stationiert. Die Zahl von mindestens 5 000 Soldaten würde daher zu einer erheblichen Reduzierung der US-Streitkräfte in Deutschland führen, sofern diese nicht durch andere Truppen kompensiert werden.

Die aktuelle weltweit angespannte geopolitische Situation sorgt für kaum absehbare sicherheitspolitische Risiken und wirtschaftliche Unsicherheiten. In Anbetracht dessen, aber weiterhin auch im Hinblick auf die historisch gewachsene, bislang stets vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und dem Freistaat Bayern, ist es essenziell, dass ein Erhalt der vorhandenen Fähigkeiten auf den US-Streitkräftebasen in Grafenwöhr, Hohenfels, Garmisch-Patenkirchen und Vilseck sichergestellt wird. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung für die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der NATO in Deutschland sowie Europa.

Deutschland braucht eine enge sicherheitspolitische Kooperation mit unseren transatlantischen Partnern. Die NATO wird von ihren Feinden aktuell auf eine Bewährungsprobe gestellt. Der verbrecherische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine findet unmittelbar an der Grenze zu NATO-Territorium statt. Es gibt zahlreiche Grenzverletzungen, Provokationen und Bedrohungslagen von NATO-Gebiet. Gleichzeitig finden bereits jetzt in Deutschland und anderen NATO-Staaten Aktionen Russlands statt, die als hybride Kriegsführung bezeichnet werden können.

Der Iran, enger Verbündeter Russlands, ist durch seine permanente Aufrüstung und dem Ziel der Vernichtung Israels eine Bedrohung des Mittelmeerraums. Auch hier besteht die Gefahr, dass Europa zum Gegenstand militärischer Aggression wird.

Im Interesse der Bündnisverteidigung ist es aus logistischen und operativen Gesichtspunkten heraus notwendig, die Truppenstärke der US-amerikanischen Streitkräfte in Deutschland stabil zu halten. Damit senden wir auch ein Signal der Stärke und des Zusammenhalts an Russland, den Iran und sonstige Staaten, die unsere Sicherheit gefährden.